

2007-12-04

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 28.11.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Kolze, Jens

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Geier, Erhard  
Stabbert-Kühl, Sabine

### **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**

Bönecke, Matthias  
Otto, Hans-Georg

### **Mitglied Freie Wähler**

Göricke, Hagen

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift vom 24.10.2007**
4. **Berichte des Oberbürgermeisters**
  - 4.1. **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**
  - 4.2. **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**
5. **Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.20 Uhr**

6. **Öffentliche Anfragen und Informationen**
- 6.1. **Information zur Fördermaßnahme "Soziale Stadt" - "Wohngebiet Zoberberg"**  
Vorlage: DR/IV/052/2007/VI-61
- 6.2. **Sonstige Anfragen und Mitteilungen**
7. **Beschlussfassungen**
- 7.1. **Wahl des Jagdbeirates**  
Vorlage: DR/BV/233/2007/II-36
- 7.2. **Benennung von Stadträten als Sachpreisrichter für das Preisgericht zum Wettbewerb zur städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau**  
Vorlage: DR/BV/302/2007/VI-61
- 7.3. **Entsendung von zwei Mitgliedern des Stadtrates in den Beirat des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau**  
Vorlage: DR/BV/297/2007/V-50
- 7.4. **Bevollmächtigung eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau in der Verbandsversammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe-Fläming**  
Vorlage: DR/BV/224/2007/VI-66
- 7.5. **Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2006**  
Vorlage: DR/BV/238/2007/I-ATD
- 7.6. **Entlastung der Leitung des Anhaltischen Theaters Dessau**  
Vorlage: DR/BV/249/2007/I-ATD
- 7.7. **Wirtschaftsplan für das Jahr 2008 für das Anhaltische Theater Dessau**  
Vorlage: DR/BV/237/2007/I-ATD
- 7.8. **Wirtschaftsplan des Jahres 2008 des Städtischen Klinikums Dessau einschließlich Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan und Finanzplan**  
Vorlage: DR/BV/217/2007/V
- 7.9. **Abtretung der Geschäftsanteile der Stadt Dessau-Roßlau an der ROWA an die DESWA**  
Vorlage: DR/BV/235/2007/II-30
- 7.10. **Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Dessau-Roßlau**  
Vorlage: DR/BV/198/2007/II-36
- 7.11. **Kalkulation der Abfallgebühren für den Zeitraum 2008-2010**

**Vorlage: DR/BV/178/2007/II-EB**

- 7.12. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dessau-Roßlau (Abfallgebührensatzung) Neufassung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/179/2007/II-EB**
- 7.13. Neufassung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/193/2007/II-20**
- 7.14. Satzung über die Benutzung der Anhaltischen Landesbücherei Dessau (Benutzungsordnung)  
Vorlage: DR/BV/206/2007/V-41**
- 7.15. Kostensatzung für die Anhaltische Landesbücherei Dessau  
Vorlage: DR/BV/208/2007/V-41**
- 7.16. Richtlinie zur Förderung der Kulturarbeit der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/207/2007/V-41**
- 7.17. Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH als Bestandteil der Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE) mit Wirkung zum 01. 01. 2008  
Vorlage: DR/BV/116/2007/VI-66**
- 7.18. Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) und die Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)  
Vorlage: DR/BV/155/2007/VI-66**
- 7.19. Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) mit Wirkung zum 01.01.2008.  
Vorlage: DR/BV/158/2007/VI-66**
- 7.20. Erstreckungssatzung - Satzung über die Abfallentsorgung  
Vorlage: DR/BV/227/2007/VI-83**
- 7.21. Maßnahmebeschluss Abwassererschließung sogenannte Vogelsiedlung Dessau-Törten  
Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Amselweg 2.BA  
Vorlage: DR/BV/219/2007/VI-66**

**Diesen Tagesordnungspunkt vorab an Herrn Gröger geben!**

**Herr BM Gröger** erklärte, es stehe die Beschlussfassung an zu drei Straßenausbaubetriebsmaßnahmen, zu denen er insgesamt einführen wolle. Das sei der 2. Bauabschnitt

des Amselweges, der 2. Bauabschnitt des Finkenweges und der Drosselweg aus der sogenannten Vogelsiedlung in Dessau-Törten.

Diese drei Maßnahmen sind Bestandteil eines Gesamtpaketes der Erschließung von Stadtteilen zum Anschluss der anfallenden Schmutzwässer an die zentrale Kläranlage. Dies wiederum sei eine Aufgabe, die man nach der letzten Fassung des Landeswassergesetzes vom 12.04.2006 spätestens bis zum 31.12.2009 abgeschlossen haben müsse. Viele Vororte sind in den Jahren nach der Wende an die zentrale Kläranlage angeschlossen worden und so habe sich die Verwaltungsspitze bereits am 17.12.2004 mit den Erschließungsmaßnahmen dieser Vogelsiedlung und damit diesen 16 Teilbaumaßnahmen beschäftigt und festgelegt, dass für die Entwässerung aus Gründen der Optimierung kein qualifiziertes Trennsystem, sondern das kostengünstigere Mischwassersystem zur Anwendung kommt, dass die Stadt sich an der Investition, die unter Federführung der Dessauer Stadtwerke, Sparte DESWA, läuft beteiligt und dass diese Maßnahme auf der Grundlage der Straßenausbaubeitragssatzung unserer Stadt vorzubereiten und durchzuführen ist. Die Maßnahmen waren eingetaktet über einen Zeitraum von 2005-2007 und sollten so, wie in Abhängigkeit, mögliche eingeworbene Förderungen zur Verfügung gestellt werden, umgesetzt werden.

Im Ergebnis der Planungen und der Vorbereitungen für die Umsetzungen haben dann entsprechend der Mittelbereitstellung, die DVV und die Stadt die entsprechenden Planungen offengelegt und damit den Bürgern die Möglichkeit der Rücksprache eingeräumt. Bei den 16 Maßnahmen sind 4 Maßnahmen als Haupteerschließungsstraße hinsichtlich der Sonderpassage aus der Dessauer Straßenausbaubeitragssatzung zur Einholung des Votums nicht abstimmungspflichtig, 12 Maßnahmen allerdings davon sind abstimmungspflichtig, weil es sich hierbei um Anliegerstraßen handelt. Von diesen 12 sind 4 mit positivem Votum beschlossen, so dass aufgrund der Höhe der Beteiligung der Stadtrat überhaupt nicht zu bemühen war, denn unsere Satzung sagt, nur im Falle eines negativen Votums entscheidet der Stadtrat, ob diese Maßnahme freigegeben wird oder nicht.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen uns 8 Teilmaßnahmen vor, die ein negatives Votum erhalten haben. Davon haben wir aber bereits durch Beschluss 5 bestätigt und die 3 ist der Rest dessen, was noch zu bestätigen wäre.

Es sei leider so, dass im vergangenen Jahr in der 2. Jahreshälfte und in diesem Jahr diese Maßnahmen weiter vorbereitet und auch zur Ausführung gelangt sind und die Bürgerabstimmung nicht in allen Fällen so zeitgleich durchgeführt wurden, dass sie vor Maßnahmebeginn einbezogen wurden. Diese Verfahrensweise ist schon nach der ersten Beschlussfassung erstmals ausgewertet worden mit der Maßgabe, diese übrigen Straßen dann, so wie es die Straßenausbaubeitragssatzung vorsieht, umzusetzen.

Die Situation, in der wir uns im Moment befinden ist, dass es sicherlich in der Bearbeitung des Tiefbauamtes Gründe gab und der relativ niederen Höhe der Heranziehung der Bürger einerseits im Vergleich zu übrigen Straßenausbaubeitragssatzungsmaßnahmen komplette Straßen saniert werden, den Bürgern ein Votum anzubieten bzw. einen Preis anzubieten, der identisch ist mit der erfolgten Submission, um sicherzugehen, dass zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nämlich nach Vorlage der Vorentwurfsplanung, Phase 1 und 2, bereits die Kosten hochgerechnet werden und sodann in der weiteren Bearbeitung der Ausführungsunterlagen weitere Leistungsnotwendigkeiten erkannt werden, die

Preise nicht mehr stimmig sind und eine erneute Bürgerversammlung einzuberufen wäre. So praktiziert an verschiedenen Straßensystemen in den Ortslagen Sollnitz und Kleutsch.

Bei Abwägung der Begründungen, auf der einen Seite der Zeitdruck, die vorbereiteten Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen entsprechend der Beschlusslage von 2004 und der anderen Tatsache, dass es sich dabei um ganz sichere Preise handelt und die Möglichkeiten nicht zu hoch sind, steht diese Begründung in der Wertigkeit hinter dem, was Ortsrecht ist, zurück. D. h. es liegt in diesem Fall eine nicht korrekte Arbeit von den Bearbeitern vor und niemand könne unterstellen, dass bei Straßenausbaubeitragsmaßnahmen, die im Vorfeld gelaufen sind, 31 an der Zahl, mit einem bislang eingegangenen Zahlungsvolumen von rund 4 Mio. € diese Praxis nicht geübt gewesen ist. D. h. alle Beteiligten wussten aus der Beschlusslage, dass die Straßenausbaubeitragsatzung anzuwenden ist und das in ihrer Gänze, was unterblieben ist. Sobald das Herr Gröger erkannt hatte, habe er das in diesem Gremium, in den Ausschüssen, bedauert. Bedauert insbesondere für die Bürger, die hätten zu einem früheren Zeitpunkt informiert werden können und informiert werden sollen.

Das ihm, Herrn Gröger, das nicht zeitnah aufgefallen ist, resultiere aus der Tatsache, dass er sich natürlich gerade im letzten Jahr um diese Dinge im Detail habe nicht kümmern können, was nicht bedeutet, dass bei diesen einfachen Dingen und man rede über Beiträge pro Einzelmaßnahme von 30/40 T€ beitragsrelevante Beiträge pro Maßnahme, dass mich das jemals erreicht hätte. D. h. hier hätte die Verwaltung bei dem erprobten Verfahren, dass wir über 30 Straßen gebaut haben, gebaut haben wir eigentlich über 50 insgesamt, aber 31 wurden schon abgerechnet und damit dieses erprobt haben. Deshalb sage er hier, es habe auch ein Nachspiel gehabt. Es hat eine klare Abstimmung gegeben mit dem Veranlasser der Investitionen, dass ist die Geschäftsführung der DVV, Herrn Tobler mit seinen Leuten und den verantwortlichen Leuten des Tiefbauamtes. Die entsprechenden disziplinarischen Dinge sind eingeleitet und werden vollzogen.

Er könne nur sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass diese Maßnahme so gelaufen ist. Dort, wo gearbeitet wird, werden Fehler gemacht. Solche Fehler dürfen allerdings nicht passieren. Damit bitte er aus Gründen der Gleichbehandlung, dass wir bereits 5 Straßen so behandelt haben, auch für die letzten 3 um die Zustimmung.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, führte aus, vor wenigen Tagen war das Amtsblatt erschienen. Er sei der Schreiber des Artikels gewesen, der sie namentlich auch sehr persönlich angegangen ist. Wir hatten auch in der Fraktion eine klare Abstimmung, heute hier einen Antrag zu stellen, die Vorlag ein die Ausschüsse zu verweisen mit fünf Fragen.

Herr Gröger habe, so wie er hier heute gesprochen hat, politische Verantwortung übernommen. Man bedauere, was er noch einmal vor den Bürgern und vor uns geäußert habe, war das, was man noch einmal ausdrücklich hören wollte. Herr BM Gröger hatte in der Vergangenheit mehrfach gesagt, dass die Fehler der Verwaltungsleute da waren und er habe in ordentlicher Weise diese fachpolitische Verantwortung gezeigt. Deshalb werde es seitens der CDU-Fraktion keinen Änderungsantrag geben.

Herr Weber stellte folgende Fragen, welche zu einem späteren Zeitpunkt im Bauausschuss beantwortet werden sollen.

1. Inwieweit wird auch die DVV ihren Beitrag darstellen, der an der Fehlleistung der Nichtbeteiligung der Bürger bestanden hat.
2. Im Hauptausschuss sollt berichtet werden, welche konkreten personalrechtlichen Konsequenzen durchgeführt wurden.
3. Es solle differenziert werden, was reine Reparaturmaßnahmen und welches umlagefähige Baumaßnahmen waren.

Herr Weber stellte fest, dass Herr BM Gröger hier heute politische Verantwortung gezeigt und getragen hat.

**Herr BM Gröger** entgegnete, ob in seiner Eigenschaft als Baudezernent oder als Bürgermeister habe er sich nie vor Verantwortungsübernahme gescheut. Er übernehme auch die Verantwortung, egal was in der Verwaltung passiert und das seit 13 Jahren.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, legte dar, vom Prinzip her habe er zu diesem Thema, außer das wir unser Verhältnis zur Straßenausbaubeitragssatzung habe und das der Umgang sicherlich wichtig ist, nichts gesagt. Da mit einer Schärfe dieses Thema in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist. sowohl im Amtsblatt als auch in der Mitteldeutschen Zeitung, wolle er seine Erfahrung im Umgang mit diesem Thema vermitteln. Er selbst sei derjenige gewesen, der durch Bürger der Vogelsiedlung vor Ort aufgefordert worden ist, sich einzusetzen, dass Rechtmäßigkeit hergestellt wird. Dies ist passiert, ganz normal über unseren Ausschuss. Hier hatten die Bürger Rederecht. Man habe das dort dargestellt und die Reaktion der Verwaltung, insbesondere des Baudezernenten und seiner Fachbereiche, einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen der DVV war an dieser Stelle ehrwürdig, was man an dieser Stelle sagen müsse. Am Tag darauf habe man sich diesem Thema und auch den aufgebrachten Bürgern gestellt und einvernehmliche Lösungen auf den Weg gebracht. Das sehe er persönlich als eine Möglichkeit an als Rat zu wirken und diese Erfahrung, die er gemacht habe, war vorbildlich. Dafür wolle er sich an dieser Stelle ausdrücklich bei seinen Kollegen aus der Verwaltung bedanken.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:11

- 7.22.    Maßnahmebeschluss Abwassererschließung sogenannte Vogelsiedlung Dessau-Törten  
          Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Finkenweg 2.BA  
          Vorlage: DR/BV/220/2007/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:12

- 7.23.    Maßnahmebeschluss Abwassererschließung sogenannte Vogelsied-**

**lung Dessau-Törten**  
**Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Drosselweg**  
**Vorlage: DR/BV/221/2007/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:12

**7.24. Abwägung der Stellungnahmen zum 2. Entwurf des B-Planes Nr. 168 B**  
**"Pharmastandort Rodleben-Tornau, Teilgebiet B"**  
**Vorlage: DR/BV/086/2007/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.25. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik-**  
**und Gesundheitszentrum"**  
**Vorlage: DR/BV/177/2007/VI-61**

**Herr BM Gröger** führte aus, es gehe um die Neuordnung des Klinikbereiches im Zusammenhang mit dem Neubau und sei einstimmig und Bauausschuss zur Behandlung empfohlen worden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.26. Förderprogramm "Soziale Stadt": Teilnahme des Bereiches der "Des-**  
**sauer Innenstadt"**  
**Vorlage: DR/BV/258/2007/VI-61**

Es bestehe die großen Chance für die Innenstadt etwas zu tun, erklärte **Herr BM Gröger**. Wir sind einer der ersten Städte, die in diesem Programm Eingang gefunden haben.

**Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, verwies auf die positive Abstimmung im Bauausschuss und gab seine Hinweis zum Programm Soziale Stadt zu Protokoll. Es sei eine wichtige Weichenstellung, dass man sagt, man müsse die Innenstadt stärken, also nicht nur über die Ortsteile reden, sondern über die innerstädtische Entwicklung nachdenken. Man habe das Förderprogramm Stadtumbau und Urban II, was im Moment ausläuft. Es habe sich gezeigt, dass es gut ist, mehrere Förderprogramme zusammenbinden zu können. Insofern ist das Programm „Soziale Stadt“ ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Bedenken habe die Fraktion zur Auswahl der konkreten Projekte. Heute gehe es aber um einen grundsätzlichen Maßnahmebeschluss zum Gebiet und auch zu den Schwerpunkten zu geben und dass eigentlich im Rahmen der noch notwendigen Ausarbeitungen des Handlungs- und Entwicklungskonzeptes auch

mit der Bürgerschaft, den entsprechenden Trägern, Stadtteil AG´s usw. deren Meinungen und Hinweise aufgenommen werden sollen, um gegebenenfalls auch noch einmal Schwerpunkte nachzujustieren. Die Problematik, wie man sie im Kulturausschuss hatte, dass eben doch in den innerstädtischen Gebieten sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Schulbildung bestehen, müsse beachtet werden. Insofern solle das als Prozess angegangen und seitens des Stadtrates beschlossen werden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 45:00:00

**7.27. Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen Gehweg auf der Westseite der Quellendorfer Straße**  
**Vorlage: DR/BV/119/2007/VI-66**

Das Baudezernat baue nicht nur Straßen, sondern nehme auch Infrastrukturen zurück, die nicht mehr gebraucht werden, führte **Herr BM Gröger** aus. Das sei das Leitbild für den Stadtumbau. Wie wichtig gerade so etwas ist, um Kosten und Geld zu sparen, habe ein heute besuchter Kongress in Chemnitz gezeigt, wo alle ostdeutschen Städte vertreten waren mit dem Dachverband aller ostdeutschen Wohnungsunternehmen, wo es darum ging, noch einmal klarzustellen, dass für den Stadtumbau das Programm 2010 sowohl für die Aufwertung für den Rückbau, aber auch für die Altschuldenentlastung mit längeren Förderperioden die Planungssicherheit bringen, der Bundesrepublik vorgetragen wird, um hier sicherzustellen. In diesem Gesamtkontext ist nicht nur dieser Rückbau, der bei vielen Kommunen eine wirklich schwierige Aufgabe ist, weil sie mit ihren Versorgungsunternehmen offensichtlich nicht über die Lenkungsgruppen so kommunizieren wie wir. Eine ganz wichtige Sache auch im Zusammenhang mit der „Sozialen Stadt“, dass wir das so auf den Punkt bringen und für die Innenstadt mehr tun können, als das bisher der Fall war.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, verwies darauf, dass man heute nur über den Beschlussvorschlag Nr. 2 beschließt und der Punkt 1 gestrichen wird, da der Stadtrat nicht der Oberbürgermeister ist, sondern es nur darum gehe, dass der Gehweg eingezogen werden soll.

Mit der Streichung wurde die Vorlage zur Abstimmung gebracht.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 45:00:00

**7.28. Entschädigungssatzung**  
**Vorlage: DR/BV/240/2007/SPD**

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, zitierte aus dem § 33 der Gemeindeordnung: „Wer ehrenamtlich tätig ist, hat Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen und seines Verdienstauffalls.“

Bei Personen, die keinen Verdienst haben gilt als Verdienstausschlag das entstandene Zeitversäumnis. Durch Satzung kann hierfür ein bestimmter Stundensatz und für den Verdienstausschlag ein Durchschnittssatz festgesetzt werden. Ehrenamtlich Tätigen können angemessene Aufwandsentschädigungen nach Maßgabe einer Satzung gewährt werden. Mit der Gewährung einer Aufwandsentschädigung ist der Anspruch auf Ersatz von Auslagen mit Ausnahme der Kosten für Dienstreisen sowie die zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen abgegolten.“

Nachdem zunächst die Verwaltung einen Vorschlag zur Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen eingereicht hatte, welcher von den damaligen Stadträten abgelehnt wurde, legen nun hier die Fraktion CDU, SPD und Bürgerliste/Die Grünen einen solchen Satzungsentwurf vor. Hierzu ist anzumerken, dass die Erstattung des tatsächlichen Aufwandes u. a. der Stadträte, ist ein ausdrücklicher Rechtsanspruch nach dem zitierten § 33 der Gemeindeordnung. Es handelt sich hier nicht um eine freiwillige Leistung und auch nicht um ein Geschenk oder um Selbstbedienung. Auch der Oberbürgermeister, sein Stellvertreter und die Beigeordneten erhalten bereits für die Arbeit im Stadtrat und für die politischen Aufgabenerfüllungen eine Aufwandsentschädigung, die selbst bei Beschluss dieser Satzung, zumindest beim Oberbürgermeister, fast um das Doppelte höher ist als die Leistungen, die die Stadträte demnächst erhalten sollen.

Die vorgesehenen Entschädigungssätze reichen trotz Erhöhung weiterhin nicht aus, den tatsächlichen Aufwand der Ratsmitglieder tatsächlich auszugleichen. Die Stadträte werden auch weiter einen Teil der Aufwendungen aus eigener Tasche tragen müssen. Es gehe um den Verdienstausschlag. Hier sind eine Reihe von Selbstständigen im Stadtrat, es gehe um Telefonkosten, Internet, Handy, Porto, Fahrtkosten, Veranstaltungen im Wahlkreis, Informationsveranstaltungen, die wichtig sind, um das, was im Stadtrat vorbereitet, beschlossen und den Bürgern mitteilen müssen. Es gehe aber auch darum, den Bürgern zu zeigen, bei ihnen zu sein bei Gratulationen, Beerdigungen und Geburten. Das Land Sachsen-Anhalt unterscheidet in der Kommunalbesoldungsverordnung und in der Richtlinie zu den Entschädigungen ungerechtfertigt zwischen den hauptamtlich tätigen Politikern und den Ehrenamtlichen, obwohl kein Aufwandsunterschied dargelegt wird. Der Zeitpunkt der Einbringung dieser Satzung wurde in der Presse bereits kritisiert. Auch Mitglieder der Einbringerfraktionen werden heute wegen des Zeitpunkts der Einbringung der Satzung nicht zustimmen und die meisten sehr wohl bekunden, dass ein Aufwand in Höhe des hier vorgeschlagenen Entgeltes entsteht und wirklich vorhanden ist. Er, Herr Weber, sei derjenige, der vereinbarungsgemäß die vorzutragende Einbringung vorträgt. Frage er aber, wann der richtige Zeitpunkt wäre, bekomme er keine Antwort.

Die Haushaltssituation wird sich auch bis zum Jahr 2015 kaum verändern. So sage es das Haushaltskonsolidierungskonzept. Der gesetzliche Anspruch auf diese Entschädigung bestehe schon seit Jahren und werde auch noch weitere Jahre bestehen. Es werde immer so aussehen, als ob man sich selbst bediene. Im Gegensatz zum Landtag und zum Bundestag rede man hier aber nicht von einem Einkommen neben einer Aufwandsentschädigung, sondern nur von der Entschädigung von Aufwendungen, wo das erhaltene Geld nicht in unserer Tasche bleibt, sondern man habe Aufwendungen für diesen Rat, gebe dieses Geld dafür aus und könne davon nichts sparen. Der Stadtrat ist das oberste Organ der Stadt Dessau-Roßlau. Er trägt die Hauptverantwortung für alle Entscheidungen in dieser Stadt. Es könne nicht angehen, dass nur die diejenigen Stadträte werden können, die jeden Monat Geld mit für ihre Ratsmitgliedschaft einbringen

können. Das oberste Organ der Stadt müsse sachlich und rechtmäßig Entscheidungen treffen

**7.29. Unterstützung für das Projekt "Stolpersteine"**  
**Vorlage: DR/BV/275/2007/BL/Gr**

**7.30. Verleihung der Fritz-Hesse-Medaille der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Dieter Zimmermann**  
**Vorlage: DR/BV/284/2007/FDP**

**10. Schließung der Sitzung**

Dessau, 21.12.07

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer